

Bremerhaven, 31.07.2018

Mitteilung Nr. MIT- /2018		
zur Anfrage nach § 38 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	AF- 45/2018 Thorsten Raschen, Ralf Holz CDU 25.05.2018 Beschluss der StVV vom 31.08.2018 – Jugendparlament in Bremerhaven einführen (CDU)	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen:

I. Die Anfrage lautet:

Wir fragen den Magistrat:

1. Nach o.g. Beschluss soll die erste Sitzung des Jugendparlamentes noch in 2018 stattfinden. Wann wird die Sitzung stattfinden?
2. Wer hat die Federführung der Koordinierung und der Planung zurzeit inne?
3. Wie häufig fanden gemeinsame Sitzungen zur Vorbereitung mit den Beteiligten (Büro der STVV, Dezernat IV - Schule, Stadtschülerring, Kinder- und Jugendbeauftragte sowie der Landeszentrale für politische Bildung) statt und mit welchem Ergebnis?

II. Der Magistrat hat am beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

- Zu 1. Die erste Sitzung war für 2018 geplant, wird aufgrund der umfangreichen organisatorischen Vorläufe aber erst im Jahr 2019 stattfinden können.
- Zu 2. Frau Lückert; Frau von Twistern; Stadtrat Frost; Dezernat III (Amt 51)
- Zu 3. Es gab bisher vier Abstimmungsgespräche in unterschiedlicher Zusammensetzung mit dem Dezernat IV, dem Lehrerfortbildungsinstitut, dem Amt für Jugend, Familie und Frauen, der Kinder- und Jugendbeauftragten, dem Stadtschüler*innenring, Vertreter*innen der Jugendkonferenz, Jugendvertreter*innen des Klimarates sowie der Landeszentrale für politische Bildung.

Die Findung und Abstimmung in Bezug auf das Beteiligungsprinzip, das Delegiertenprinzip, die Themenfindung, und das Durchführungsverfahren und die tatsächlichen Entscheidungsbefugnisse erfordert aufgrund der bundesweit unterschiedlich praktizierten Modelle und der verschiedenen in Bremerhaven bereits vorhandenen Beteiligungsformate eine umfangreichere Vorbereitung als ursprünglich angenommen. Die Beteiligten haben sich daher auf weitere Beratungs- und Planungsschritte verständigt, in deren Rahmen auch die Frage der organisatorischen und personellen Zuständigkeit zu klären sein wird. Erste konkrete Absprachen werden in der nächsten Sitzung vor den Herbstferien stattfinden.

Grantz
Oberbürgermeister